Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Freibleibender Bezugspreis bei Selbstabholung wöchentlich 1 000 000 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt 1 020 000 Mk. auf dem Lande 1 025 000 Mk., durch die Post monatlich entsprechend. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis 250 000 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige 600 000 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 750 000 Mk. Nachweisungs-Gebühr 5000 Mk. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 107. — **Donnerstag / Freitag 13. / 14. September 1923.**

Amtlicher Teil.

Die am 13. Oktober 1887 in Herzogswalde geborene Wirtschaftsbesitzersehefrau

Olga Melanie Pernt geb. Pernt

in Herzogswalde, Landberg 88,

ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des unterzeichneten Gerichts vom 20. August 1923 wegen Höchstpreisüberschreitung — Verkauf von Butter zu höheren Preisen als den festgesetzten Höchstpreisen — kostenpflichtig

zu einer Geldstrafe von 800 000 (achthunderttausend) **Mark**

und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, zu einer Gefängnisstrafe von 8 Tagen verurteilt worden; es ist auch auf Einziehung des über den Höchstpreis erzielten Erlöses von insgesamt 17 200 Mark und auf Veröffentlichung der Verurteilung erkannt worden.

Wilsdruff, am 11. September 1923. 2068 **Das Amtsgericht.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett hat beschlossen, zur Regelung der Währungsfrage eine Goldnotenbank zu errichten.

* Der neue Devisenkommissar wird alsbald eine Verordnung über die Anmeldepflicht von gemünztem Edelmetall erlassen.

* Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner hatte in Berlin eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler.

* Der Haager Schiedsgerichtshof hat entschieden, daß das Vorgehen Polens gegen die deutschen Ansiedler nicht den internationalen Verpflichtungen Polens entspricht.

* Der Orientkonflikt hat wegen der Frage des Zeitpunktes, an dem die Italiener Korfu räumen sollen, eine neue Zuspitzung erfahren.

Auf dem rechten Wege.

Das Reichskabinett beschloß in der Währungsfrage einstimmig, die Lösung dieser Frage auf dem Wege einer Goldnotenbank zu suchen, die bei voller rechtlicher Selbständigkeit und unbedingter Unabhängigkeit von den Reichsfinanzen in organischer Verbindung mit der Reichsbank ihre Tätigkeit ausüben soll.

Das Reichskabinett hat in der Währungsfrage — einstimmig, wie es heißt — seine erste Entscheidung getroffen, und die ist in der Hauptsache gut ausgefallen, in der Richtung, die der Reichskanzler in seiner Stuttgarter Rede angegeben hat. Das Ziel der Regierung bleibt die Goldmark, muß sie bleiben, wenn wir überhaupt wieder zu einer gesunden Währung kommen sollen. Angesichts der vielfach herrschenden Unklarheit kann es gar nicht oft genug ausgesprochen werden, daß wirklich wertbeständig im weitesten und im engsten Sinne nur das Gold ist, das im Inland und Ausland auf dem ganzen Erdenrund gleich gewertet wird. Das richtige Ziel also ist aufgesteckt, wie aber soll es erreicht werden?

Über die Mittel, die die Regierung zur Lösung des schwierigen Währungsproblems anwenden will, spricht sich ihre halbamtliche Mitteilung nur in sehr allgemeinen Umrissen aus: sie soll gesucht werden im Wege einer Goldnotenbank, die bei voller rechtlicher Selbständigkeit und unbedingter Unabhängkeit von den Reichsfinanzen in organischer Verbindung mit der Reichsbank ihre Tätigkeit ausüben soll. Wird uns mit der Unabhängigkeit der Goldnotenbank von den Reichsfinanzen ein recht wohlschmeckendes Gericht aufgetischt, so ist ihre organische Verbindung mit der Reichsbank eine bittere Pille, die wir schlucken sollen. Die Reichsbank — nicht ihre Reserven, sondern ihre Banknoten — hat nun einmal alles Vertrauen, das sie früher besaß, verloren. Nicht durch eigene Schuld, sondern durch die Macht der Verhältnisse. Es wird eine Erklärung abzuwarten sein, was die Regierung unter der organischen Verbindung versteht. Erst wenn das feststeht, wird man beurteilen können, ob nicht dem Kinde, dessen Leben erst keimt, gleich bei der Geburt der Todesstoß versetzt wird.

Man wird auch sonst noch mancherlei abwarten müssen, ehe sich sagen läßt, ob auf dem vom Kabinett ins Auge gefaßten Wege das Ziel erreicht werden kann. Nichts liegt uns ferner, als etwa von vornherein die Frage zu verneinen, aber vor übertriebener Hoffnung muß gewarnt werden, um herber Enttäuschung vorzubeugen. Es darf nicht verkannt werden, daß die Aufgabe ungeheuer schwer ist; denn wenn das Werk vollkommen gelingen soll, müssen Elemente, die einander teilweise stark widerstreben, vereinigt werden. Es muß gleichzeitig staatlichen und privaten Belangen Rechnung getragen werden, den Bedürfnissen des Außenhandels und des inneren Verkehrs unter Rücksichtnahme auf Gesichtspunkte der äußeren Politik. Vielleicht erklären sich hieraus gewisse Widersprüche in den bereits getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen der Regierung. Vor allem taucht die Frage auf, wie es möglich ist, unter der Devisendiktatur die Goldnotenbank ins Leben zu rufen und am Leben zu erhalten. Ihre Noten müssen doch gedeckt sein. Dazu haben wir in Deutschland nicht das Gold, wenigstens nicht entfernt in ausreichender Menge. Devisen könnten als Ersatz oder, wenn das Glück gut ist, sogar als Goldbeschaffungsmittel dienen. Woher aber soll die Bank Devisen bekommen, wenn alle erfaßbaren an den Diktator abgeliefert werden müssen? Um ihr die Existenz zu ermöglichen, wird es notwendig sein, die Notverordnung über die Devisenerfassung zu ändern. Die Bestimmungen, nach denen den Verfügungsberechtigten Devisen, die sie, kurz gesagt, unbedingt brauchen, nicht abgefordert werden sollen, genügen nicht. Denn die Notenbank hat ja keine! Einstweilen erscheint als der einzig gangbare Ausweg, die Ablieferung an die Notenbank der Ablieferung an den Devisenkommissar gleichzustellen. Diesem etwa die Pflicht zur Versorgung der Bank aufzuerlegen, wäre bedenklich, weil dadurch der in Auslegungskünsten so bewanderten Entente der Zugriff erleichtert würde.

Noch viele andere Fragen harren der Antwort. Auf sie im einzelnen einzugehen, würde zu weit führen. Wir werden ja hören, was die Regierung weiter beschließen wird; dann wird es Zeit sein, auf ihre Absichten näher einzugehen. Daß eine neue Währung, die diesen Titel wirklich verdient, nicht von einem Tag auf den anderen zu errichten ist, liegt auf der Hand. Vorerst muß es genügen, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit sich allgemein Bahn gebrochen hat, und daß die Regierung ernstlich gewillt ist, zur Tat zu schreiten. Sie hat den richtigen Weg zum Ziel gefunden, möge sie sich nicht von ihm abdrängen lassen.

Wahrheit und Dichtung.

Die deutsch-französischen „Unterhaltungen".

Die französische Presse ist voll von allerlei Gerüchten über angebliche neue deutsche Angebote an Frankreich und die damit zusammenhängenden Fragen. Dabei ist auch behauptet worden, daß die deutsche Regierung die Absendung einer Note an die französische und die belgische Regierung beabsichtige. Das würde jedoch im gegenwärtigen Augenblick unzweckmäßig sein und ist auch nicht geplant.

Die weitere Frage der Besetzung der deutschen Botschafterposten in Frankreich und in Belgien ist gegenwärtig noch Gegenstand einer Unterhaltung innerhalb der Reichsregierung. Eine Fühlungnahme mit den amtlichen französischen und belgischen Stellen in Paris und Brüssel hat darüber, und vor allem über die Personenfrage, noch nicht stattgefunden. Aus der französischen Presse war ja schon in der letzten Zeit zu erkennen, daß Frankreich eine Wiederbesetzung des deutschen Botschafterpostens nicht ungern sehen würde.

Die ausländischen Meldungen sprechen auch von Unterhaltungen, die zwischen dem französischen Botschafter in Berlin, Herrn de Margerie, und dem Reichskanzler Dr. Stresemann stattgefunden haben. Dazu sei bemerkt, daß auch während der Regierung Cuno oftmals Unterhaltungen zwischen dem damaligen Außenminister v. Rosenberg, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Maltzan und dem französischen Botschafter de Margerie über die politische Lage stattgefunden haben. Wenn nun bei einem Besuch, den Herr de Margerie am vorigen Sonnabend im Auswärtigen Amt abstattete, und dessen Zweck mit der Reparationsfrage in keinem direkten Zusammenhang stand, im Verlauf der Unterhaltung auch diese Reparationsfrage berührt wurde, so kann man darin noch keine „Verhandlungen" erblicken. Ob sich aus solchen Gesprächen die Möglichkeit zu offizieller Aussprache ergeben kann, muß der weiteren Entwicklung der Dinge überlassen bleiben.

Mussolinis letztes Wort.

Wann wird Korfu geräumt?

Die Botschafterkonferenz beriet über die Erklärung Mussolinis, er erwarte, daß, bevor er Korfu räume, Griechenland alle verlangten Reparationen voll und endgültig zur Durchführung gebracht habe. Wenn Mussolini damit habe sagen wollen, daß die Besetzung Korfus aufrecht erhalten bleibe, bis die letzte verlangte Genugtuung durchgeführt sei, das heißt, bis zur Bestrafung der Schuldigen, so sei es klar, daß diese Besetzung sich um Wochen oder

sogar um Monate verlängern könne.

In den Bergen Albaniens könne sich ein Mörder sehr leicht verbergen. Es würden ernste Schwierigkeiten entstehen, neue Verwicklungen würden eintreten, wenn es nicht möglich sei, die Worte des italienischen Ministerpräsidenten weniger streng aufzufassen. Für Italien sei die Hauptsache die Zusicherung zu haben, daß die Suche nach den Schuldigen aufrichtig und entschlossen durchgeführt werde. Man hoffe deshalb, daß Mussolini, dem die Angelegenheit vom italienischen Botschafter in Paris telegraphisch unterbreitet worden sei, sich mit einer solchen Auslegung einverstanden erklären werde. Dazu besteht jedoch wenig Aussicht, denn italienische Presseäußerungen lassen jetzt darauf schließen, daß Italien die Absicht habe, auf Korfu zu bleiben, bis der Weltschiedsgerichtshof den Betrag der Geldreparationen festgestellt habe. Man weist ferner darauf hin, daß Italien einen Unterstaatssekretär nach Korfu entsandt habe, um eine italienische Zollverwaltung einzurichten, während zugleich

die militärischen Maßnahmen fortgesetzt

werden, um Korfu bei der Austragung des Fiume-Konflikts weiter, und zwar nunmehr als Pfand gegenüber Jugoslawien statt gegenüber Griechenland zu behalten. Weiterhin wird aus Korfu gemeldet, daß die italienischen Truppen die Insel Leros ohne Zwischenfall besetzt haben. In Korfu erwartet man in den nächsten Tagen den Besuch des italienischen Marineministers.

Die Abwehr an der Ruhr.

Vorbedingungen für den Wirtschaftsfrieden.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Essen, Breddemann, veröffentlicht eine längere Darlegung über den gegenwärtigen Stand der Abwehr an der Ruhr. Er führt zunächst die Streikbewegung im Essener Bezirk vor allem auf das Treiben der im Bezirk befindlichen mindestens 5 Prozent der Arbeiter fremder Nationalität zurück. Durch sie ergebe sich ein Element, für das sittliche Erwägungen und sittliche Kräfte der Abwehr nicht oder weniger in Frage kommen. Verstärkt werde diese Gruppe durch einen kleinen Prozentsatz vaterländisch entwurzelter und durchweg moralisch verkommener deutscher Elemente, die sich im Ruhrgebiet aus allen Teilen des Reiches nach und nach zusammengefunden haben.

Wer jedoch die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebietes auch nur in nennenswerter Zahl für fähig hält, daß sie die Abwehrfront gegen die französischen Unterdrückungsversuche brechen will, der würde ihr bitteres Unrecht tun.

Der zweite Vorgang habe seinen Ausgangspunkt im unbesetzten Deutschland. Durch die sozialdemo-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF